

Stand: 06.06.2026 07:55:31

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/18485

"Bürokratieabbau und Flexibilisierung für Handwerk und Mittelstand endlich anpacken"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/18485 vom 12.10.2017
2. Beschluss des Plenums 17/18514 vom 12.10.2017
3. Plenarprotokoll Nr. 112 vom 12.10.2017



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Bürokratieabbau und Flexibilisierung für Handwerk und Mittelstand endlich anpacken

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die eigenen Anstrengungen für einen effektiven Bürokratieabbau für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) deutlich zu verstärken und sich auf Bundes- und Europaebene deutlicher als bisher für einen echten Bürokratieabbau für KMU einzusetzen.

Neben den unten angeführten, von der Staatsregierung bereits am 19. September 2017 ohnehin schon beschlossenen Maßnahmen der „9-Punkte-Agenda für weniger Bürokratie im Handwerk“, sind besonders wichtig:

- Abschaffung der Vorfälligkeit der Sozialversicherung;
- Flexibilisierung der Arbeitszeit durch Einführung einer Wochenarbeitszeit;
- Überprüfung der Wirtschaftsbereiche im Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz.

9-Punkte-Agenda der Staatsregierung:

- Arbeits- und sozialrechtliche Schwellenwerte zu Betriebsgrößen überprüfen;
- Verbraucherrechte-Richtlinie der EU: Informationspflichten entbürokratisieren auf Grundlage des Leitbilds des mündigen Verbrauchers;
- Verbraucherstreitbeilegungsgesetz: Konsequente 1:1-Umsetzung von EU-Recht bei Informationspflichten;
- Lenk- und Ruhezeiten für Kraftfahrer: Ausnahme-grenze für Handwerker auf 150 km erhöhen;
- Sozialversicherungsrechtliche Betriebsprüfungen: Mehr Rechtssicherheit für Betriebe;
- Mindestlohn: Dokumentationspflichten deutlich entbürokratisieren;

- Arbeitsschutzgesetz: Verbesserte Information und Beratung und Unterstützung bei der Umsetzung;
- Steuerrechtliche Aufbewahrungspflichten (digitale Vorhaltung) verkürzen und vereinfachen;
- De-minimis-Förderung entbürokratisieren.

Begründung:

Mittelstand und Handwerk sind das vielzertierte Rückgrat unserer Wirtschaft. Allerdings wird gerade diesen KMU durch die ständige Zunahme von Auflagen und Dokumentationspflichten das Leben schwer gemacht. Viele Gesetze, Verordnungen und Richtlinien lösen in der Praxis einen enormen Mehraufwand für die Implementierung, Kontrolle und Dokumentation aus. Dies trifft kleine Unternehmen besonders hart, da die zusätzlichen Verwaltungstätigkeiten häufig von wenigen Mitarbeitern oder vom Inhaber selbst durchgeführt werden müssen.

Ein besonderes Ärgernis für kleine Betriebe ist die Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge. Die Unternehmen müssen im laufenden Monat ihre Sozialversicherungsbeiträge schätzen und abführen, fallen diese dann tatsächlich anders aus, müssen die Beträge noch einmal nachberechnet werden. Dies ist doppelter Aufwand und mitunter auch ein Liquiditätsverlust für die Betriebe. Die Vorfälligkeit wurde hauptsächlich deshalb eingeführt, damit Kranken- und Rentenkassen rechtzeitig die ihnen zustehenden Beträge erhalten und keine finanziellen Lücken entstehen. Mittlerweile verfügen die Kranken- und Rentenkassen aber über ausreichend finanzielle Mittel, so dass die Sozialversicherungsbeiträge nicht mehr im Voraus berechnet und gezahlt werden müssen.

Viele Branchen leiden unter den starren Arbeitszeitvorgaben. Durch die starre, tägliche Höchstarbeitszeit von regelmäßig acht, im Ausnahmefall maximal zehn Stunden wird vielen Menschen die Möglichkeit verwehrt, sich neben ihrem „normalen“ Beruf abends noch etwas dazuzuverdienen, z. B. im Gastronomischen Bereich. Hier bereitet es enorme Schwierigkeiten, wenn z. B. eine Hochzeit doch einmal eine Stunde länger gehen soll, der Gastronom aber wegen des Arbeitszeitgesetzes seine Mitarbeiter nach Hause schicken muss, da er ansonsten empfindliche Strafen zu erwarten hat. Eine Regelung laut EU-Arbeitszeitrichtlinie, nach der „die durchschnittliche Arbeitszeit pro Siebentageszeitraum 48 Stunden einschließlich der Überstunden“ bei Einhaltung der Mindestruhezeiten nicht überschritten werden darf, würde flexible und

praxisgerechte Arbeitszeiten in Einklang mit dem Schutz der Arbeitnehmer bringen. Dazu sollte § 2a Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes (SchwarzArbG) und der inhaltsgleiche Katalog in § 28a Abs. 4 des Sozialgesetzbuches (SGB) Viertes Buch (IV) regelmäßig überprüft und nicht auffällige Branchen ggfs. entfernt werden.

Selbstverständlich sind die Maßnahmen der am 19.09.2017 beschlossenen „9-Punkte-Agenda für weniger Bürokratie im Handwerk“ der Staatsregierung unverzüglich umzusetzen. Unverständlich ist, weshalb die CSU-Fraktion im Dringlichkeitsantrag Drs. 17/18466 die Staatsregierung auffordert, sechs Punkte der bereits beschlossenen 9-Punkte-Agenda umzusetzen, da die Agenda ohnehin bereits Beschlusslage der Staatsregierung ist.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/18485

Bürokratieabbau und Flexibilisierung für Handwerk und Mittelstand endlich anpacken

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Walter Nussel

Abg. Gabi Schmidt

Abg. Annette Karl

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Johann Häusler

Abg. Thomas Mütze

Abg. Alexander Muthmann

Staatsminister Dr. Marcel Huber

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe jetzt zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Karl Freller u. a. und Fraktion (CSU)

**Bürokratieabbau für kleine und mittlere Unternehmen weiter vorantreiben
(Drs. 17/18466)**

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl, Natascha Kohnen u. a. und Fraktion (SPD)

**Bürokratieentlastungsmaßnahmen für KMU konsequent fortführen
(Drs. 17/18484)**

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Bürokratieabbau und Flexibilisierung für Handwerk und Mittelstand endlich anpacken (Drs. 17/18485)

Ich eröffne die Aussprache und darf als Erstem für die CSU-Fraktion dem Herrn Kollegen Nussel das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Walter Nussel (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf unseren Dringlichkeitsantrag kurz begründen, der dem Handwerk und allen Unternehmen und Kleinbetrieben in unserem Freistaat Bayern helfen soll, wieder handlungsfähiger zu werden und weniger gegängelt zu werden, und zwar gefühlt auch von unseren Vorschriften, möchte aber bei dieser Gelegenheit feststellen: Wenn man gerade beim vorhergehenden Tagesordnungspunkt genau hingehört hat, welche Forderungen von der Opposition gekommen sind,

(Horst Arnold (SPD): Fragen!)

die bei einer Umsetzung wieder zu einem Mehr an Bürokratieaufwand beitragen würden – –

(Horst Arnold (SPD): Wir haben Fragen gestellt!)

– Herr Arnold, das sind nicht nur Fragen gewesen. Ich habe genau hingehört. Sie haben Feststellungen gemacht, in welche Richtung wieder Verschärfungen durchgesetzt werden sollen. Das finde ich bei vielen Vorlagen und vielen Gesprächen – das meine ich jetzt allen Ernstes –, teilweise über alle Fraktionen hinweg. Lassen Sie uns gemeinschaftlich daran arbeiten, um es unseren Betrieben zu ermöglichen, hier weiterhin ihre Arbeit machen zu können und dafür sorgen zu können, dass die Arbeitsplätze nach wie vor vorhanden sind und ausgebaut werden können.

(Horst Arnold (SPD): 3-plus-2-Regelung!)

Lassen Sie uns gemeinschaftlich daran arbeiten, damit wir es schaffen, auf Gegebenheiten zu reagieren. Das gilt zum Beispiel für die Erweiterung der Ausnahmen von den Aufzeichnungspflichten für Handwerkerfahrten in einem Umkreis von 150 Kilometern um den Betriebsstandort, die wir jetzt auf den Weg bringen, um für Unternehmer und Kleinbetriebe eine Vereinfachung der Aufzeichnungspflichten herbeizuführen. In vielen Gesprächen in den letzten Monaten konnte ich erleben – und das macht mich nachdenklich –, dass gerade von der Opposition manches sehr einseitig dargestellt wird. Die SPD schreibt in ihrem Antrag, dass sie mein 100-Tage-Bericht nicht überzeugt; damit kann ich leben. Aber ich hätte erwartet, dass gerade die Oppositionsfraktionen auf mich zugehen. Ich habe die Hand gereicht und sie alle angeschrieben. Außer einem Glückwunschsreiben habe ich vom 14. Februar bis heute nichts bekommen.

(Sandro Kirchner (CSU): Schau an, schau an!)

Dann kritisiert die Opposition, dass wir versuchen, die Probleme aufzunehmen, praxisnah zu beleuchten und dann praxisnah anzugehen und zu lösen.

(Zuruf von der CSU: Typisch!)

Ich erwarte auch von der Opposition, dass sie hier mithilft und mit uns Lösungen sucht, anstatt wie beim vorhergehenden Punkt genau das Gegenteil einfordert. Das wird unseren Handwerksbetrieben nicht weiterhelfen.

(Beifall bei der CSU)

Ich führe auch Regionalkonferenzen und Veranstaltungen durch, die nicht parteipolitisch sind, sondern parteiübergreifend für alle. Ich komme auch zur SPD und zu den FREIEN WÄHLERN, wenn sie das wollen. Das ist kein Problem. Wenn wir das ernsthaft anpacken wollen, dann müssen wir das gemeinschaftlich machen und praxisnah beleuchten. Da erwarte ich hier Vorschläge, die wir gemeinschaftlich auf den Weg bringen können. Da sind wir von der CSU dabei. Da ist die Staatsregierung dabei. Es wurden schon sehr viele Paragraphen abgebaut. Es wurden auch sehr viele Paragraphen verhindert, die zusätzlich gefordert wurden. Das können Sie nachlesen. Ich denke, der Herr Staatsminister wird das später noch genauer ausführen. Ich will Ihnen bloß mit auf den Weg geben: Ein "Weiter so" kann es nicht geben; denn dann machen wir unseren Staat irgendwann handlungsunfähig. Wir würden damit unseren Wohlstand gefährden. Wir müssen unsere Betriebe mitnehmen. Da meine ich nicht nur die Handwerksbetriebe, sondern alle Kleinbetriebe in allen Branchen. Wir müssen genauso den Gastronomiebetrieb an die Hand nehmen und den Unternehmern dort wie in vielen anderen Dienstleistungsbereichen helfen.

(Horst Arnold (SPD): Und die Arbeitnehmer?)

Ein Thema fällt mir derzeit immer mehr auf. Gerade die Politik, von der Kommunalpolitik bis hier ins Hohe Haus, neigt gerne dazu, Vollzugsverordnungen zu machen, wenn irgendetwas durch kriminelle Energie angestellt wird und Menschen versuchen, mit krimineller Energie schnell Geld zu verdienen. Damit bestrafen wir die 99,5 %, die ordentliche Arbeit machen; denn die Kriminellen werden sich weiterhin nicht an die Vorgaben halten. Da müssen wir eine Umkehr in unserem Denken und in unserem Handeln vorantreiben. Ich fordere auch Sie von der Opposition auf, darauf hinzuwir-

ken, dass wir zukünftig genauer hinschauen, was wir einfordern und aus welchem Grund wir etwas einfordern, und dass wir unser Tun und Handeln auf diesem Gebiet wieder in eine andere Richtung lenken. Ich kann Ihnen da Beispiele nennen

(Horst Arnold (SPD): Obergrenze!)

und komme gerne zu Ihnen, um das einmal zu diskutieren, damit Sie überhaupt einmal verstehen, was draußen teilweise los ist; denn ich habe den Eindruck, dass Sie das nicht verstehen oder nicht verstehen wollen und dann immer wieder genau in das andere Horn blasen, aber den Unternehmern erzählen wollen, Sie seien gar nicht für all diese Vorschriften.

Ich möchte eine Lanze für unsere Verwaltung brechen und fordere Sie auf, bei der weiteren Verwaltungsvereinfachung mitzuhelfen. Wir im Freistaat Bayern haben die am besten geführte Verwaltung. Unsere Beamtinnen und Beamten leisten hervorragende Arbeit. Sie müssen unsere Vorgaben erfüllen und das Ordnungsrecht einhalten. Wenn sie eine Entscheidung getroffen haben, verdienen sie es aber auch, dass wir gemeinschaftlich dahinterstehen. Wir sollten darauf verzichten, immer gleich zu kritisieren, wenn ein Beamter einer unteren Behörde eine Entscheidung getroffen hat und dann trotzdem etwas passiert ist. Dann wird häufig der Vorwurf erhoben: Warum wurde das nicht noch fünf Mal geprüft? Dieselben, die diesen Vorwurf erheben, fragen im gleichen Atemzug, warum der Bauantrag nicht schneller bearbeitet und die Baugenehmigung nicht schneller unterschrieben worden ist.

Ich meine das allen Ernstes: Wir von der politischen Ebene machen oft so strenge Vorgaben, dass wir eine gewisse Verunsicherung erzeugen. Die Beamtinnen und Beamten prüfen dann aus Angst oft so intensiv bzw. verschärfen die Anforderungen an den Antrag so sehr, dass ihnen nichts passieren kann. Wir wundern uns dann, wenn draußen nicht mehr das umgesetzt werden kann, was wir eigentlich wollen. Ich bitte darum, mitzuhelfen, dass auf diesem Weg nicht weitergegangen wird. Wir sollten hinter unseren Leuten stehen, auch wenn einmal etwas passiert. Dass einmal etwas

schiefläuft, ist ganz normal. Unsere Beamtinnen und Beamten haben es verdient, dass wir sie in Gänze unterstützen.

(Horst Arnold (SPD): Ist das keinen Beifall wert? – Beifall des Abgeordneten Josef Zellmeier (CSU))

Ein Thema, bei dem immer mehr eingefordert wird, ist der Naturschutz. Niemand in diesem Saal stellt den Naturschutz infrage. Aber in diesem Saal sitzen viele, die nach noch mehr Regularien rufen. Sie meinen, wir müssten den letzten Strohalm im Freistaat schützen, vergessen dabei aber die Eigenverantwortung derjenigen, die hier wirtschaftlich tätig sind. Das sind unsere Unternehmerinnen und Unternehmer in allen Bereichen.

(Beifall bei der CSU)

Aber auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Verwaltungen tragen Verantwortung. All denen müssen wir den Rücken stärken. Derjenige, der unternehmerisch tätig ist, hat eine Eigenverantwortung. Daher ist es nicht notwendig, noch mehr Regularien einzufordern und einzuziehen.

Unser Dringlichkeitsantrag enthält diese Punkte. Wir wollen Vereinfachungen.

Ich kündige aber auch an: Das kann nur ein gewisser Anfang sein. Wir müssen noch viel mehr dafür tun. Wir müssen noch viel mehr Praxisnähe auf den Weg bringen. Wenn Verordnungen erlassen werden, ist unbedingt ein Praxis-Check durchzuführen. An Fallbeispielen ist durchzuspielen, was das bedeutet, wenn die Verordnung oder die Richtlinie in Kraft gesetzt wird. Die Auswirkungen treffen nicht nur den Unternehmer an sich, sondern auch jeden einzelnen Arbeitsplatz in diesem Unternehmen.

In diese Richtung müssen wir unsere Bemühungen lenken, damit wir mit dem Bürokratieabbau erfolgreich sein können. Wir jedenfalls meinen es ernst damit.

Ich habe in den vergangenen Monaten oft zu hören bekommen: Na ja, jetzt haben sie einen ausgesucht, der da ein bisschen umherturnen wird. Zu beneiden ist er nicht. Aber es ist nicht schlecht, dass er vielleicht doch ein bisschen was macht.

Ich kann Ihnen nur zurufen: Den Kopf in den Sand zu stecken, ist das Schlechteste, was man machen kann. Wir von der CSU und die Staatsregierung arbeiten unter Hochdruck an der Realisierung von Vereinfachungen. Wir nehmen die Verwaltung mit. Ich hoffe, dass auch die Opposition auf diesem Weg mitgehen wird.

Wir werden den Anträgen der SPD und der FREIEN WÄHLER nicht zustimmen können; denn darin sind Punkte enthalten, deren Annahme die Situation im Hinblick auf die Bürokratie zum Teil sogar verschärfen würde. Vieles ist nicht zu Ende gedacht. Das betrifft auch den finanziellen Aspekt. Die Forderungen, die die Sozialversicherungspflicht betreffen, haben ein Volumen von 28 Milliarden Euro zum Gegenstand. Das kann man nicht einfach mit einem solchen Antrag regeln.

Die Anträge der SPD und der FREIEN WÄHLER werden wir, wie gesagt, ablehnen. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: So – –

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Lieber Kollege Nussel, lieber Walter, auch wir würden gern entbürokratisieren. Aber das steht halt nicht in eurem Antrag. Ich gehe jetzt bloß auf die Nummer 1 ein: "Festlegung von einheitlichen Schwellenwerten im Bereich von arbeits- und sozialrechtlichen Vorschriften sowie beim Verbraucherschutz". – Entschuldigung! Was meint ihr denn damit? Das Kündigungsschutzgesetz? Das Freistellungsgesetz? Das Gesetz über Pflegezeiten? Die Schwerbehindertenintegration? In dem Antrag steht nichts zum Was und zum Wie. Dieser Antrag ist genauso konkret wie die Ankündigung einer Frau, Kleider und Schuhe zu kaufen. Der Anlass ist schon wichtig: Für den Sommer? Für den Winter? – Das alles steht nicht in eurem Antrag.

Die Nummer 5 betrifft eine EU-Vorgabe, bei der eure Fraktion im Europäischen Parlament mitgestimmt hat. Ihr müsstet sagen, welche Inhalte, welche Paragraphen ihr ändern wollt. Ich habe allein im Arbeitsschutzrecht 70 Unterparagraphen gefunden, die das Was und das Wie regeln.

Wir können gern entbürokratisieren. Aber zum Was und zum Wie sollte in einem solchen Antrag schon etwas stehen. Dazu finden wir nicht einmal in der Antragsbegründung etwas. Also, lieber Walter Nussel, was wollt ihr denn? Was?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Nussel, bitte.

Walter Nussel (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Kollegin Schmidt, es tut mir leid, dass Sie mich nicht verstanden haben. Wir haben mit unserem Antrag, der Ihnen heute vorliegt, einen Rahmen geschaffen. Dem bitte ich so zuzustimmen. Viele Punkte aus diesem Rahmen werden wir noch aufgreifen und unter Beachtung des Grundsatzes der Praxisnähe umsetzen. Ich fordere Sie nochmals auf, daran mitzuwirken. Sie hätten von Februar bis heute Zeit gehabt, auf mich bzw. auf meine Abteilung zuzugehen und mitzuarbeiten. Sie können nicht sagen, dass Sie davon nichts gewusst hätten. Ich habe Ihre Fraktion angeschrieben, habe aber nicht einmal eine Antwort erhalten. Das muss ich einfach feststellen.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Hört, hört! – Zuruf der Abgeordneten Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER) – Horst Arnold (SPD): Sie waren doch mit dem Integrationsgesetz beschäftigt!)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege Nussel. – Jetzt für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Karl. Bitte schön, Frau Kollegin.

Annette Karl (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bayern ist wirtschaftlich sehr stark. Das ist ein Verdienst der klassischen DAX-Unternehmen, vor

allen Dingen aber ein Verdienst der vielen kleinen und mittleren Unternehmen in Bayern. Sie bilden das Rückgrat unserer Wirtschaft, besonders im ländlichen Raum.

Wir sind uns sicherlich alle darin einig, dass es die kleinen und mittleren Unternehmen angesichts unnötig komplizierter rechtlicher Rahmenbedingungen und überzogener Aufzeichnungspflichten teilweise schwer haben. Diese kosten Geld und Zeit und schwächen die Wettbewerbsfähigkeit.

Die SPD handelt durchaus konkret. Das Bundeswirtschaftsministerium, das SPD-geführt ist, hatte im August 2016 das Zweite Bürokratieentlastungsgesetz initiiert; es ist mittlerweile verabschiedet worden. Dieses Gesetz entlastet die Betriebe in Deutschland um viele Hundert Millionen Euro. Im Gegensatz zu dem Antrag der CSU werden darin ganz konkrete Forderungen aufgegriffen, zum Beispiel nach der Erhöhung der Schwellenwerte für Kleinstbetragsrechnungen, nach dem Wegfall der steuerlichen Aufbewahrungspflicht von Lieferscheinen, nach der Erhöhung des Schwellenwertes für das vierteljährliche Lohnsteueranmeldeverfahren und nach vielem mehr.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, all das sind wichtige Bausteine. Aber wir sind uns einig: Wir brauchen mehr. Wir brauchen vor allen Dingen eine permanente Überprüfung aller Rechtstexte auf Mittelstandstauglichkeit. All das sind Aufgaben für die Bundesebene, genauso wie die Dringlichkeitsanträge, auf die ich gleich zu sprechen komme.

Ich möchte zunächst etwas anderes festhalten: Nirgendwo wiehert der Bürokratieschimmel so laut wie in Bayern. Alle bisher unternommenen Maßnahmen der Staatsregierung hatten reine Alibifunktion. Wir haben einen Bürokratieabbaubeauftragten, der vor allen Dingen die schlechte Lage referiert. Wir haben eine Paragrafenbremse, die sich komplett zum Rohrkrepiierer entwickelt hat.

(Bernhard Roos (SPD): Stoiber!)

Lassen Sie mich dazu die Zahlen, die die Staatsregierung selbst geliefert hat, vorlesen: Im Jahr 2016 hat die Staatsregierung 16 Gesetze geändert oder neu aufgelegt, nur vier aufgehoben. Es wurden 57 neue Verordnungen erlassen, nur 17 aufgehoben. Es wurden 123 neue Richtlinien und Vollzugshinweise geschaffen, nur vier aufgehoben. Das ist Ergebnis eines Gesetzes, das vorschreibt, für jeden neuen Paragraphen müsse ein alter wegfallen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, setzen Sie doch erst einmal das um, was Sie schon längst beschlossen haben.

(Beifall bei der SPD)

Selbst die CSU-Fraktion hier im Hause scheint von der Durchschlagskraft der Arbeit der Staatsregierung nicht wirklich überzeugt zu sein. Anders kann ich es mir nicht erklären, dass die CSU in ihrem Dringlichkeitsantrag sechs Punkte aus dem Kabinettsbeschluss vom 19. September 2017 praktisch wörtlich aufgreift und damit die Staatsregierung jetzt auffordert, doch bitte das, was sie als Staatsregierung selbst beschlossen hat, endlich auch zu tun. Das muss man sich einmal vorstellen!

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich hoffe, dies wird kein Dauerzustand; denn das ist wirklich Bürokratie pur.

Ich bleibe beim CSU-Antrag. Er enthält in aller Allgemeinheit notwendige und wichtige Schritte zum Bürokratieabbau, die wir auch, bis auf einen, mittragen. Bei dem Spiegelstrich, der den Mindestlohn betrifft, segelt die CSU nämlich sozusagen unter falscher Flagge. Die ehemalige Arbeitsministerin Andrea Nahles hat zum Thema Aufzeichnungspflicht beim Mindestlohn einmal sehr treffend formuliert: Es reicht, wenn der Arbeitnehmer seine Stunden auf ein Butterbrotpapier schreibt und diese Zettel in einen Ordner packt. Das Problem beim Mindestlohn besteht nicht darin, dass die Stunden aufgeschrieben werden müssen. Das Problem besteht darin, dass durch die Aufzeichnung dieser Stunden deutlich geworden ist, dass in vielen Betrieben die täglich zuläs-

sige Höchstarbeitszeit häufig überschritten wurde. Das wird nicht mehr möglich sein, wenn die Stunden aufgeschrieben werden müssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die CSU will den Arbeitnehmerschutz einschränken. Sie sollte dies aber auch so sagen. Es kann nicht sein, dass Kontrollen abgeschafft werden, damit Verstöße gegen das Arbeitszeitgesetz gedeckt werden.

(Beifall bei der SPD)

Die FREIEN WÄHLER sind mit ihrem Antrag etwas ehrlicher. Sie fordern, wie die Vbw, die Umstellung auf eine Höchstgrenze bei der Wochenarbeitszeit. Die SPD-Fraktion hält von diesem Vorschlag in seiner Absolutheit nicht viel; denn hier geht es um den Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer, aber auch um den Schutz der Bevölkerung, gerade in sicherheitsrelevanten Bereichen. Ich möchte das einmal an einem banalen Beispiel plastisch machen: Mit einem Ober, der nach 14 Stunden Dauerarbeit einem Gast völlig übermüdet heiße Suppe in den Ausschnitt kippt, ist niemandem gedient.

Wir verschließen uns sicherlich nicht der Forderung nach einer Modernisierung des Arbeitszeitgesetzes. Dieses Gesetz muss an die neuen Realitäten von Arbeit 4.0 angepasst werden. Die Anpassung an die Realität bedeutet aber nicht die Verschlechterung des Schutzes. Es gibt bereits gute Vorschläge, zum Beispiel den Vorschlag von Frau Nahles, der die Einführung einer Experimentierklausel für die Tarifverträge vorsieht. Ein weiterer Vorschlag stammt vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung – IAB –, das sich für einen Pakt für Arbeitsbedingungen und Flexibilität ausspricht.

Das Arbeitszeitgesetz und dessen Anpassung an die Realitäten sind viel zu wichtig und zu komplex, um in einem Halbsatz eines Dringlichkeitsantrags hier im Bayerischen Landtag abgehandelt zu werden. Ich bitte deshalb um Unterstützung für unseren Antrag. Die beiden anderen Dringlichkeitsanträge werden wir ablehnen.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Frau Kollegin Karl. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Häusler für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Bitte schön.

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine Fraktion ist der Mehrheitsfraktion der CSU für diesen eingereichten Dringlichkeitsantrag sehr dankbar. Warum? – Die CSU hält sich mittels dieses Antrags selbst den Spiegel vor.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie fordern im Landtag Verbesserungen ein, deren Notwendigkeit durch Ihre Regierungsbeteiligung in Berlin verursacht wird. Die CSU will etwas korrigieren, was sie uns selbst eingebrockt hat.

Dies gilt im Wesentlichen auch für den Dringlichkeitsantrag der SPD. Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Dringlichkeitsantrag ist in vielen Punkten deckungsgleich mit dem Dringlichkeitsantrag der CSU. Die SPD lobt sich dafür, die Spitzen eines Zauns entschärfen zu wollen, obwohl sie selbst vorher unüberwindbare Hürden aufgebaut hat. Das ist nicht ehrlich, deshalb diese kritische Anmerkung.

Damit komme ich wieder zum Dringlichkeitsantrag der CSU zurück. Die CSU drückt mittels dieses Dringlichkeitsantrags ihre Skepsis gegenüber der eigenen Staatsregierung aus. Sie tut dies sowohl im Antrag selbst als auch in der Begründung des Antrags. Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich weiterhin für Bürokratieabbau einzusetzen. Die Deregulierung soll weiterhin Kernanliegen der Bayerischen Staatsregierung bleiben. Diese Formulierungen lassen den Umkehrschluss zu, die Staatsregierung spräche einer weiteren Verbürokratisierung das Wort. Das hat sich aus dem 100-Tage-Bericht, der vorhin angesprochen worden ist, ableiten lassen. Frau Kollegin Karl hat dies mit Zahlen belegt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Möglicherweise ist dieser Antrag auf die überschaubaren Erfolge der großen Entbürokratisierer zurückzuführen. Das gilt im Besonderen für den großen europäischen Deregulierer Edmund Stoiber, der wenigstens für sich in Anspruch nehmen konnte, in Brüssel über einen großen Stab zu verfügen. Auch der Beauftragte der Staatsregierung, Herr Kollege Walter Nussel, konnte bisher keine durchschlagenden Erfolgsmeldungen verbuchen. Das hat er im Grunde gerade selbst bestätigt.

Der Dringlichkeitsantrag der CSU hat die Nachreichung der beiden anderen Dringlichkeitsanträge ausgelöst. Alle dort aufgeführten Punkte sind Teil der 9-Punkte-Agenda für eine Reduzierung der Bürokratie im Handwerk. Diese Punkte hat die Staatsregierung bereits am 19. September beschlossen. Entweder wurde dieser Antrag gestellt, weil die CSU-Fraktion ihrer eigenen Staatsregierung misstraut, oder hier handelt es sich um einen lupenreinen Schaufensterantrag.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich möchte hinzufügen: Dieser Schaufensterantrag ist auch handwerklich schlecht ausgearbeitet.

(Lachen des Abgeordneten Wolfgang Fackler (CSU))

– Lieber Herr Kollege Fackler, es ist schade, dass ich Ihnen das so deutlich sagen muss. Ich würde Ihnen empfehlen, sich diesen Antrag durchzulesen. Die De-minimis-Regelung und die Gruppenfreistellungsverordnung beziehen sich beide auf das EU-Recht, auf EU-Verordnungen und auf das europäische Kartellrecht. Der Dringlichkeitsantrag der CSU hat aber keinen Bezug zur EU. Deshalb gibt es den Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben dankenswerterweise einen eigenen Dringlichkeitsantrag nachgereicht, der die formalen Voraussetzungen erfüllt. Lieber Kollege Fackler, daran sieht man, wie wichtig die FREIEN WÄHLER sind. Wir haben die europäische Ebene explizit ange-

sprochen. Um eine ganzheitliche Beschlussfassung zur Unterstützung unseres Handwerks und unseres Mittelstands zu ermöglichen, haben wir noch drei Spiegelstriche hinzugefügt, um wesentlichen Hindernissen und Vorverurteilungen entgegenzuwirken.

Seit 2006 gibt es die Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge. Diese Regelung wurde 2006 aus der Not heraus geschaffen. Durch diese Vorfälligkeit bekommen kleine Unternehmen Liquiditätsprobleme. Außerdem entsteht dadurch ein unglaublich hoher Verwaltungsaufwand. Sollte die Vorschätzung nicht mit der tatsächlichen Abrechnung identisch sein, müssen Löhne doppelt berechnet werden. Das ist ein Bürokratie-Moloch, der auf breiter Ebene abgeschafft werden sollte.

Wir wollen außerdem eine Flexibilisierung der Arbeitszeit. Liebe Frau Kollegin Karl, in diesem Punkt sind wir uns nicht ganz einig. Wir wollen keine Ausweitung der Arbeitszeit, sondern nur eine praxisgerechte Handhabung. Diese würde insbesondere der Gastronomie und den dort Beschäftigten zugutekommen. Ich kenne viele Bedienungen, die gerne arbeiten wollen, dies aber nicht dürfen. Diese Leute wollen sich das nötige Geld hinzuverdienen, das sie benötigen, weil sie die Mieten von ihrem eigenen Arbeitslohn nicht bezahlen können.

Unsere dritte Forderung zielt auf die Überprüfung der Wirtschaftsbereiche im Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Einstufung der auffälligen Branchen nach § 2a des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes soll nach unseren Vorstellungen regelmäßig überprüft und, sofern erforderlich, korrigiert werden. Es darf doch nicht sein, dass ganze Gewerbe grundlos und per se diskriminiert werden. Ich nenne das Schaustellergewerbe, bei dem es diese Verstöße nicht mehr gibt, das aber trotzdem noch in dieser Aufstellung enthalten ist.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir sind uns im Grunde weitgehend darüber einig, dass unsere Handwerkerschaft und unsere mittelständischen Unternehmen das Rückgrat unserer Volkswirtschaft bilden. Rund 80 % der gewerblichen Ausbildungsplätze werden dort geschaffen. Wir haben heute die Chance, diesen Unternehmen zu helfen,

wenn wir alle dem Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER zustimmen. Dieser Antrag geht am weitesten, sieht auch formal die Dinge im richtigen Lot und kommt auch den kleinen und mittleren Unternehmen insbesondere in Bayern zugute. Ich bitte um Unterstützung dieses Antrags.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Häusler. – Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Mütze für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön.

Thomas Mütze (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Nussel hat nicht zu seinem Antrag geredet, sondern hier seinen 100-Tage-Bericht nochmals dargelegt und seine Wünsche geäußert. Herr Kollege Nussel, Sie haben vollkommen recht: Sie haben uns angeschrieben und zur unterfränkischen Konferenz eingeladen. Ich musste Ihnen leider absagen, hoffe aber, Sie nehmen es nicht persönlich. Ich hatte andere wichtige Termine. Das heißt nicht, dass ich Ihre Arbeit nicht achte.

Lieber Herr Kollege Nussel, ich spare mir heute alle bereits oft genug gehörten Gemeinplätze, etwa den, der Mittelstand sei das Rückgrat der Wirtschaft und sehr wichtig. Das ist alles unbestritten. Das kennen und wissen wir alles. Wir GRÜNE müssen seit Jahren, nahezu seit Jahrzehnten solche Anträge der CSU lesen, zum Beispiel den vorliegenden Dringlichkeitsantrag. Wir fragen uns, was Sie in den letzten zwölf Jahren auf Bundes- und Europaebene – da waren Sie nicht unmaßgeblich beteiligt – für die Durchführung von Anliegen getan haben, die Sie uns heute zum wiederholten Male auf den Tisch legen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich will nicht darauf eingehen, ob die einzelnen Maßnahmen sinnvoll sind oder nicht oder zum Beispiel beim Mindestlohn nur dazu dienen, die Überprüfungen einzuschränken und den Mindestlohn auszuhöhlen. Dieser Eindruck wird uns oft vermittelt.

Lieber Walter Nussel, was hat Herr Stoiber getan? Herr Stoiber ist schon länger als Sie Entbürokratisierer. Es war immer sehr wichtig, dass Herr Stoiber diesen Job übernimmt und auf EU-Ebene für Entbürokratisierung sorgt. Doch davon hören wir nichts mehr. Anscheinend hat Herr Stoiber zur Entbürokratisierung wenig beigetragen.

In diesem Haus trägt vor allem die Mehrheitsfraktion selber dazu bei, dass es mit der Entbürokratisierung nicht so weit her ist. Ich möchte an die gestrige Debatte im Haushaltsausschuss erinnern, nachdem alle – auch die CSU – die Erbschaftsteuerreform diskutiert und das neue Gesetz beschlossen haben. Aber dann kommt das Gesetz nach Bayern, und dann sagt die CSU: Die 15 anderen Bundesländer können machen, was sie wollen; wir machen es anders. Das bedeutet nichts anderes als eine Bürokratisierung des Prozesses; denn jetzt müssen die Steuerberater prüfen, um welches Land es sich handelt. In diesem Fall sorgen Sie selber für Bürokratisierung. Ihr solltet in Bezug auf die Entbürokratisierung euer eigenes Handeln überprüfen und erst dann solche Anträge schreiben. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kommen wir auf die Unterstützung der kleinen und mittleren Unternehmen – KMU – in Bayern zu sprechen. Die Staatsregierung und die ausführenden Organe – so will ich sie einmal nennen – hintertreiben immer noch die 3-plus-2-Regelung. 5.000 willige Flüchtlinge – das ist angesichts der Anzahl der gesamten Flüchtlinge keine große Zahl – hätten einen Ausbildungsplatz, aber nur 2.000 Flüchtlinge dürfen ihre Ausbildung antreten. Diese Flüchtlinge hätten bei kleinen und mittleren Unternehmen einen Job und könnten zum Ausgleich des Fachkräftemangels beitragen. Aber die Staatsregierung verbietet diesen willigen Flüchtlingen, einen Ausbildungsplatz anzunehmen und

zu arbeiten. Setzen Sie sich damit auseinander und unterstützen Sie somit kleine und mittlere Unternehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Kollege Mütze. – Jetzt hat Herr Kollege Muthmann das Wort. Bitte sehr.

Alexander Muthmann (fraktionslos): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es sehr erfreulich, dass der Bürokratieabbau hier wieder auf die Tagesordnung genommen worden ist; denn in allen Debatten muss man sich auch die Bedeutung dieses Themas vor Augen führen. Je komplizierter die Rechtslage insgesamt ist, desto größer wird der taktische Nachteil kleiner und mittlerer Unternehmen gegenüber großen Konzernen, die sich mit ihren Back-Office-Arbeiten leichter tun, all den gesetzlichen Anforderungen zu genügen.

Bei der Durchsicht der Anträge von CSU und SPD fällt – natürlich mit Ausnahme des Themas Mindestlohn – große Übereinstimmung auf. Dabei drängt sich die Frage auf, warum all die von CSU und SPD für richtig gehaltenen Vereinfachungen in der vorangegangenen Bundesregierung nicht längst umgesetzt wurden. Da gibt es offenbar Übereinstimmungen; da wäre Zeit gewesen. Trotzdem wurde auf diesem Gebiet nichts getan. Allerdings liegen uns jetzt wiederum Anträge der CSU zu diesem Thema vor. Der Dringlichkeitsantrag der CSU liest sich streckenweise wie ein Teil der Vorverhandlungen zum neuen Koalitionsvertrag.

Der Dringlichkeitsantrag der SPD liest sich wie eine Rechtfertigung dafür, dass einiges zwar beschlossen, aber nicht umgesetzt wurde. Die FDP unterstützt dieses Anliegen jedenfalls. Aber es darf nicht bei diesen Ankündigungen bleiben. Wir werden darauf achten, dass den Ankündigungen die notwendige Umsetzung folgt.

Ergänzend darf ich mit Blick auf die kleinen und mittleren Unternehmen insbesondere im ländlichen Raum folgenden Aspekt nennen, der heute noch nicht angesprochen

wurde: die Vereinfachung durch Digitalisierung. Sie setzt aber vonseiten der Behörden und in Bezug auf die Glasfaserverkabelung in den einzelnen Betrieben voraus, dass eine dynamische Entwicklung nicht nur in ein paar privilegierten Regionen erfolgt, sondern dass in ganz Bayern die Voraussetzungen dafür geschaffen werden. Auch darauf werden wir Wert legen.

Ich begrüße die Anträge zum Bürokratieabbau sehr, erwarte aber, dass sich alle Beteiligten nicht nur in diesen Anträgen sonnen, sondern für eine entsprechende Umsetzung sorgen.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Kollege Muthmann. – Bevor ich dem Herrn Staatsminister das Wort erteile, darf ich bekannt geben, dass die CSU zu ihrem Antrag namentliche Abstimmung beantragt hat.

Herr Staatsminister, ich will Sie jetzt nicht ermuntern, die 24 Minuten, die Sie noch haben, auszunutzen; aber ob wir dann noch zu der Abstimmung kommen, hängt davon ab, ob die 15 Minuten erfüllt sind oder nicht.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Das ist wenigstens ein Beitrag zum Bürokratieabbau!)

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Staatskanzlei): Herr Präsident, ich versuche, mich knapp zu fassen. Erlauben Sie mir trotzdem, zunächst etwas Grundsätzliches zu sagen, nachdem nicht nur über Bürokratieabbau, sondern auch über Breitbandverkabelung und Flüchtlingsbeschäftigung gesprochen worden ist.

Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber wenn man in einer politischen Veranstaltung von Bürokratismus spricht, sind die Wallungen der Zuhörer garantiert. Das funktioniert immer. Ich finde das ungerecht; denn Tausende von Beamten müssten sich angesprochen fühlen, die Tag für Tag gut ausgebildet und hoch motiviert in diesem Land eine hoch effiziente Verwaltung sicherstellen. Sie sorgen sich in ihrer Arbeit um unsere Sicherheit und Gerechtigkeit und versuchen, die Standards einzuhalten, die politische

Ebenen bis hin zu Brüssel gesetzt haben. Sie können manchmal selber nichts dafür, dass manche Dinge so gesetzt worden sind.

Es stellt sich die Frage, warum Weltfirmen nicht die Gelegenheit zur Gründung ihrer Konzernzentrale in Zentralafrika oder sonst wo auf der Welt nutzen, wo keine weiteren Ressourcen notwendig und die Kosten sehr viel niedriger sind. Warum gehen diese Firmen angesichts der hohen Preise und der fürchterlichen Gängelung durch die hiesige Bürokratie nach Deutschland, etwa nach München? –Ich sage Ihnen, warum: Weil es hier verlässliche Regelungen gibt und weil hier jemand die Einhaltung dieser Regelungen überprüft.

(Christine Kamm (GRÜNE): Das sagen mir aber manche Unternehmer anders!)

Das gilt vom Grundbuch bis zum Brandschutz und von der Steuer bis zum Umweltschutz.

Jetzt kommt das Aber, das die Parteien heute veranlasst hat, diese Anträge zu stellen: Wir Deutsche sind Perfektionisten. Da gibt es irgendeinen Unfall oder einen Brand aus einem ganz seltenen Grund. Was machen wir? Wir sagen, das darf nie wieder passieren, wir verschärfen die Regeln im Brandschutz. Die Brandschützer finden das gut. Im Steuerrecht gibt es manchmal ungerechte Konstellationen. In irgendeinem Ausnahmefall muss jemand ungerechterweise zu viel Steuer zahlen, oder er bekommt zu wenig zurückerstattet. Was machen wir? Wir nehmen diesen seltenen Fall zum Anlass für eine spezifische Regel, für einen Ausnahmetatbestand. Bis ins kleinste Detail, bis sich keiner mehr im Steuerrecht auskennt, werden Regeln geschaffen. Wir entdecken, dass irgendwo ein Käfer oder ein Pflänzchen durch den Menschen beeinträchtigt wird. Was machen wir? Wir schaffen ein besonderes Schutzregime für diese besondere Situation. Das alles machen wir so intensiv, dass in summa aus unserer funktionierenden Verwaltung ein Schreckgespenst für die Bürger geworden ist, die sich darüber beklagen, dass sie flächendeckend von der Bürokratie schikaniert werden.

Genau deshalb ist es jetzt an der Zeit, sich ein bisschen zurückzunehmen und wieder das Ziel einer geordneten Verwaltung in den Blick zu nehmen. Wir müssen eine vernünftige Balance zwischen einer nützlichen und effizienten Verwaltung einerseits und einer wirklich überbordenden Bürokratie andererseits suchen, die den Menschen schadet. Die Bayerische Staatsregierung hat sich dieses Themas schon länger angenommen. Seit 2003 sind 40 % aller bayerischen Gesetze und Verordnungen gestrichen worden. Wir sind im Bund nachweislich das Land – Frau Karl, das kann ich Ihnen nicht ersparen – mit den wenigsten Gesetzen. Die Zahlen, die Sie heute wieder zitiert haben, hat Herr Rinderspacher schon falsch vorgetragen. Ich empfehle der SPD, in die Staatskanzlei zu kommen;

(Volkmar Halbleib (SPD): Nach der nächsten Landtagswahl kommen wir in die Staatskanzlei!)

wir erklären es Ihnen dann einmal. Es ist ganz einfach, aber es wird nicht richtiger, wenn Sie die Zahlen von Parlamentssitzung zu Parlamentssitzung wiederholen.

(Beifall bei der CSU)

Seit wir 2013 die Paragrafenbremse eingeführt haben – one in, one out und dieses schöne Wort Sunset –, haben wir 20 % weniger Gesetze und Verwaltungsvorschriften. Das ist nachweisbar, und das kann ich Ihnen auch zeigen.

2016 haben wir uns eine Nische herausgesucht. Wir haben heute Früh vom Ehrenamt gesprochen. Viele Ehrenamtler würden gerne etwas machen, wenn es nicht so schwierig wäre, wenn es nicht so viel Bürokratie gäbe. Wir haben uns die Organisation von Brauchtums- und Vereinsfeiern angeschaut. Wir stärken damit das Ehrenamt. Oliver Jörg hat heute freundlicherweise auch das gut funktionierende Sorgentelefon angesprochen, das wirklich angenommen wird und mit dem auch wirklich geholfen wird. Das läuft seit 2016.

Seit Februar 2017 haben wir einen unabhängigen Beauftragten für Bürokratieabbau. Der Kollege Walter Nussel, der heute schon gesprochen hat, nimmt sich der Deregulierung ganz intensiv an. Er arbeitet mit hohem Engagement und großem Erfolg. Er sammelt die Fälle, in denen die Bürger meinen, sie seien von der Bürokratie ungerecht behandelt worden. Ich gratuliere ihm nicht nur zu seinem heutigen Geburtstag, sondern auch zum Erfolg seiner Arbeit, die er hier leistet.

(Beifall bei der CSU)

Wir nehmen uns bestimmte Fachzirkel vor. In diesem Fall haben wir uns kleine und mittlere Betriebe des Handwerks vorgenommen. Zunächst haben wir schon im Dezember letzten Jahres einen großen Runden Tisch mit dem Ministerpräsidenten in der Staatskanzlei gebildet. Damit haben wir schon vor deiner Zeit, Walter, ein Projekt Bürokratieabbau im Handwerk gestartet. Zunächst einmal sind wir so vorgegangen, wie wir es üblicherweise machen. Wir haben die Handwerker gefragt, was sie belastet. Die Handwerker haben geantwortet und gesagt, was sie belastet. Sie haben uns über 50 Sachverhalte geschildert, bei denen sie unzufrieden waren. Diese Sachverhalte haben wir exakt analysiert. Herr Häusler, ich danke Ihnen, dass Sie auf die Analyse so viel Wert legen. Wir haben die Sachverhalte sortiert und gesagt: Die und die Sachverhalte können wir schnell auf dem Verwaltungsweg in der eigenen Verwaltung regeln; das macht Bayern selber. Das ist auch die Vorgehensweise von Herrn Nussel. Er redet mit den Landratsämtern. Das können wir leicht machen.

In der Analyse ist allerdings auch herausgekommen, dass viele Regeln aus Berlin und auch aus Brüssel kommen. Wenn wir diese Probleme lösen wollen, müssen wir einen anderen Weg gehen. Die Probleme, die im Bundes- oder Europarecht verortet sind, können abgestellt werden, wenn wir diese Themen bei den Koalitionsverhandlungen in ein Regierungsprogramm oder in eine Koalitionsvereinbarung aufnehmen, damit die betreffenden Regeln in der nächsten Legislaturperiode im Interesse der Handwerker angepasst werden. Nachdem wir uns die Sachverhalte danach angeschaut haben, ob man etwas machen kann oder nicht, haben wir die Regeln herausgenommen, bei

denen ein eklatanter Missstand besteht und die geändert werden müssen, sowie die Regeln, bei denen ein echtes Potenzial besteht sie zu ändern. Damit haben wir eine echte Chance, voranzukommen.

Zu den Schwellenwerten für Kleinbetriebe – ich mache es ganz kurz: Wir wollen einheitliche Schwellenwerte, weil sich kein Betrieb mehr auskennt, welcher Schwellenwert im Arbeitsrecht, im Sozialrecht oder im Verbraucherschutzrecht gilt.

Ein weiteres Thema ist die Aufzeichnungspflicht für Lenk- und Ruhezeiten. Wer weiß, welche Handwerker im Großraum München arbeiten, der weiß auch, dass die 100-Kilometer-Grenze für das Handwerk nicht tolerabel ist. Wir haben Dokumentationspflichten beim Mindestlohn. Frau Karl, das kann ich Ihnen auch nicht ersparen. Ich empfehle Ihnen, nicht nur mit den kleinen Gastronomiebetrieben, sondern auch so wie Walter Nussel mit dem Servicepersonal zu sprechen. Eine Bedienung würde zum Beispiel lieber zehn Stunden arbeiten, damit sie am nächsten Tag bei ihrem Kind zu Hause bleiben kann. Das wird aber durch die Dokumentationspflichten so schwer gemacht, dass wir hier dringend etwas ändern müssen.

(Horst Arnold (SPD): Das ist doch falsch! – Annette Karl (SPD): Damit sie am nächsten Morgen unausgeschlafen ihr Kind betreuen kann! – Volkmar Halbleib (SPD): 14 bis 16 Stunden Arbeit am Tag!)

Wir tragen diese Regelung mit, die Frau Nahles im Arbeitszeitrecht eingeführt hat, aber diese überbordenden Dokumentationspflichten überlasten kleine Gastronomiebetriebe völlig, und deshalb müssen wir an der Stelle etwas tun.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist längst widerlegt!)

Handwerker müssen steuerlich relevante Unterlagen zehn Jahre lang aufbewahren. Wir haben schon seit über zehn Jahren EDV. Jeder einzelne soll sich einmal überlegen, welchen Rechner er vor zehn Jahren zu Hause gehabt hat. Wir hatten damals noch Windows XP. Welches Datenbanksystem hatten wir damals? Ich müsste heute

dieses Gerät und dieses Programm von vor zehn Jahren noch gangbar halten. Das ist nicht praxisgerecht. Wir brauchen andere Zyklen bei der Buchführungspflicht und bei der Belegaufbewahrung.

Zu den Beratungsleistungen der Handwerkskammer nach der De-minimis-Regel: Die Kleinen sollten ganz herausfallen. Dass kleine und mittlere Unternehmen gut beraten werden, liegt in unser aller Interesse.

Herr Häusler, zur Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge: Da haben Sie etwas übersehen. Dafür gibt es inzwischen eine Regelung; Frau Karl hat sie angesprochen. Das Bürokratieentlastungsgesetz ist im Bund noch beschlossen worden, dies übrigens unter großem Einsatz der Bayerischen Staatsregierung. Damit ist eine Lösung gefunden worden, damit nicht die 28 Milliarden, die im Raum standen, sofort auf den Tisch gelegt werden müssen. Es ist eine Lösung gefunden worden, mit der eine große Entlastung bei der Beitragsberechnung erzielt wird, ohne die Liquidität der Sozialversicherungskassen zu gefährden.

Meine Damen und Herren, unsere Handwerker wollen arbeiten. Sie sind bereit, sich zu plagen. Wir wollen es ihnen aber ersparen, nach zwölf Stunden Arbeit und Autofahrt nach Hause zu kommen und Vorgänge aufschreiben zu müssen, die nicht zwingend notwendig aufgeschrieben werden müssten. Deswegen sind wir mit dem Antrag der CSU-Fraktion, aber auch mit den Bemühungen, diese neun Punkte tatsächlich umzusetzen, auf dem richtigen Weg, diesen teilweise überbordenden Bürokratieansprüchen Lösungen entgegenzusetzen, die ausreichend Sicherheit und ausreichend Gerechtigkeit sowie die Einhaltung von Standards ermöglichen, ohne die Handwerksbetriebe mit zu viel Schreiarbeit und Bürokratie zu plagen.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Einen Moment, bitte, Herr Staatsminister. Kollegin Karl hat sich zu einer Zwischenbemerkung angemeldet. – Bitte schön.

Annette Karl (SPD): Herr Staatsminister, ich habe es immer gern konkret, wie auch Kollege Nussel. Ich nenne einmal folgendes Beispiel: Eine junge Mutter, alleinstehend, in der Gastronomie tätig, arbeitet in der Nacht zum Samstag. Sie arbeitet nicht 10 Stunden, sondern vielleicht 14 Stunden, geht danach nach Hause, kann aber nicht schlafen, weil sie ihr Kind betreuen muss, und geht am nächsten Abend wieder zur Arbeit. In dieser Situation möchte ich von Ihnen hören: Was möchten Sie als Höchstarbeitszeit? Sind es 12 Stunden, 14 Stunden oder 16 Stunden? Oder wollen Sie sich auch hier wieder der Verantwortung für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entziehen und sagen: Wir wollen eine Wochenhöchstarbeitszeit, und dann ist es uns eigentlich egal, was an den einzelnen Tagen passiert?

(Beifall bei der SPD)

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Staatskanzlei): Frau Karl, erstens haben wir heute eine Debatte über Bürokratieabbau geführt. Ich habe, was das angeht, in erster Linie die Aufzeichnungspflichten angesprochen.

(Annette Karl (SPD): Bitte Antworten!)

Zweitens. Wir haben in der gesamten Gesellschaft eine Debatte bezüglich der modernen Berufe. Was ist denn mit jemandem, der in der New-Technology-Branche tätig ist, gern mal einen Tag Segeln geht und am anderen Tag 18 Stunden arbeiten möchte?

(Annette Karl (SPD): Konkret bleiben! – Weitere Zurufe der SPD)

Also, diese Diskussion geht quer durch die Gesellschaft. Wir sind noch nicht am Ende der Diskussion. Bei der Diskussion über die Höchstarbeitszeit und das Abbilden moderner Berufe und moderner Herangehensweisen ans Leben, wie sie junge Leute teilweise einfordern, muss man etwas finden, das die Menschen vor Ausbeutung schützt.

(Annette Karl (SPD): Konkrete Beispiele! – Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD) – Weitere Zurufe von der SPD – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich kann in diesem Beispiel keine Höchstgrenze festsetzen, das ist doch absurd. Wir müssen eine Lösung finden, die auf der einen Seite die moderne Arbeitswelt abbildet und auf der anderen Seite die Menschen vor Ausbeutung schützt. In dieser Diskussion sind wir mittendrin.

(Beifall bei der CSU – Annette Karl (SPD): Arbeiten bis zum Umfallen! – Volkmar Halbleib (SPD): Das heißt, keine Höchstgrenze!)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt bzw. wir machen erst die einfachen Abstimmungen und danach die namentliche Abstimmung.

Ich beginne mit der einfachen Abstimmung. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/18484 – das ist der Antrag der SPD-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion, die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und Herr Kollege Muthmann (fraktionslos). Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Hat jetzt Herr Kollege Felbinger mit abgestimmt? – Stimmenthaltung?

(Günther Felbinger (fraktionslos): Nein!)

– Herr Felbinger hat mit Nein gestimmt. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/18485 – das ist der Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion der FREIEN WÄHLER, Herr Kollege Felbinger (fraktionslos) und Herr Kollege Muthmann (fraktionslos). Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wir kommen nun zur namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf Drucksache 17/18466. Die Urnen stehen bereit. Meine Damen und Herren, ich eröffne die Abstimmung. Dafür stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 16.34 bis 16.39 Uhr)

Meine Damen und Herren, ich schließe die namentliche Abstimmung und bitte, die Plätze wieder einzunehmen.

Unruhe – Glocke des Präsidenten

Während das Ergebnis ermittelt wird, gebe ich die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen von vorhin bekannt. Beim Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Schulze, Hartmann, Steinberger und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Rückstände von Fipronil in Lebensmitteln offenlegen", Drucksache 17/18465, haben mit Ja 62 gestimmt. Mit Nein haben 77 gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Beim nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, von Brunn, Adelt und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Verbraucherschutz ernst nehmen und Transparenz herstellen: Kontrollen auf Fipronil in bayerischen Legehennenbetrieben und bei verarbeiteten Produkten aus Bayern", Drucksache 17/18483, haben mit Ja 62 gestimmt. Mit Nein haben 76 gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/18467 mit 17/18472 sowie 17/18486 mit 17/18491 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

(...)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich gebe zu guter Letzt noch das Ergebnis der letzten namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Kreuzer, Zellmeier, Freller und anderer und Fraktion (CSU) betreffend "Bürokratieabbau für kleine und mittlere Unternehmen weiter vorantreiben", Drucksache 17/18466, bekannt. Mit Ja haben 71 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 54. Es gab keine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 12.10.2017 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Karl Freller u. a. und Fraktion CSU; Bürokratieabbau für kleine und mittlere Unternehmen weiter vorantreiben (Drucksache 17/18466)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X		Gerlach Judith	X		
Aigner Ilse				Gibis Max	X		
Aiwanger Hubert				Glauber Thorsten			
Arnold Horst		X		Dr. Goppel Thomas			
Aures Inge				Gote Ulrike			
				Gottstein Eva		X	
Bachhuber Martin	X			Güll Martin			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X		Güller Harald		X	
Bauer Volker	X			Guttenberger Petra	X		
Baumgärtner Jürgen							
Prof. Dr. Bausback Winfried	X			Haderthauer Christine	X		
Bause Margarete				Häusler Johann		X	
Beißwenger Eric	X			Halbleib Volkmar		X	
Dr. Bernhard Otmar	X			Hanisch Joachim		X	
Biedefeld Susann		X		Hartmann Ludwig			
Blume Markus	X			Heckner Ingrid	X		
Bocklet Reinhold	X			Heike Jürgen W.	X		
Brannekämper Robert				Herold Hans	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X			Dr. Herrmann Florian	X		
von Brunn Florian		X		Herrmann Joachim			
Brunner Helmut	X			Dr. Herz Leopold		X	
				Hiersemann Alexandra			
Celina Kerstin		X		Hintersberger Johannes			
				Hözl Florian	X		
Deckwerth Ilona		X		Hofmann Michael	X		
Dettenhöfer Petra	X			Holetschek Klaus	X		
Dorow Alex	X			Dr. Hopp Gerhard	X		
Dünkel Norbert	X			Huber Erwin	X		
Dr. Dürr Sepp				Dr. Huber Marcel	X		
				Dr. Huber Martin	X		
Eck Gerhard				Huber Thomas			
Dr. Eiling-Hütig Ute	X			Dr. Hünnerkopf Otto			
Eisenreich Georg				Huml Melanie			
Fackler Wolfgang	X			Imhof Hermann	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen							
Fehlner Martina				Jörg Oliver	X		
Felbinger Günther		X					
Flierl Alexander	X			Kamm Christine		X	
Freller Karl	X			Kaniber Michaela	X		
Füracker Albert				Karl Annette		X	
				Kirchner Sandro	X		
Ganserer Markus		X		Knoblauch Günther		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X		König Alexander	X		
Gehring Thomas		X		Kohnen Natascha			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. Kränzlein Herbert		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kreitmair Anton	X		
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald	X		
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto	X		
Leiner Ulrich		X	
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig	X		
Lorenz Andreas			
Lotte Andreas		X	
Dr. Magerl Christian		X	
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter		X	
Mistol Jürgen		X	
Müller Emilia	X		
Müller Ruth		X	
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter	X		
Osgyan Verena		X	
Petersen Kathi		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef	X		
Dr. Rabenstein Christoph		X	
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris		X	
Dr. Reichhart Hans	X		
Reiß Tobias	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans	X		
Ritter Florian		X	
Roos Bernhard		X	
Rosenthal Georg		X	
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold	X		
Sauter Alfred	X		
Schalk Andreas			
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry		X	
Schindler Franz		X	
Schmidt Gabi		X	
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin	X		
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten	X		
Dr. Schwartz Harald	X		
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl			
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin			
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana		X	
Stamm Barbara			
Stamm Claudia			
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Straub Karl	X		
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold		X	
Ströbel Jürgen			
Dr. Strohmayr Simone			
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter	X		
Tomaschko Peter	X		
Trautner Carolina	X		
Unterländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen	X		
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			
Dr. Wengert Paul		X	
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel			
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winter Georg			
Winter Peter	X		
Wittmann Mechthilde	X		
Woerlein Herbert		X	
Zacharias Isabell		X	
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno		X	
Gesamtsumme	71	54	0